

An den  
Präsidenten des Nds. Landtages  
Herrn Dr. Jürgen Gansäuer  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1

30159 Hannover

09.01.2008

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
Hier: Autobahnauffahrten an der ehemaligen Autobahnraststätte Seesen, A 7  
„Wulff setzt sich ein“?**

Sehr geehrter Landtagspräsident Dr. Gansäuer,

im April des vergangenen Jahres hatte der Kreisfeuerwehrverband Northeim alle politisch Verantwortlichen schriftlich darauf hingewiesen, dass nach dem Rückbau der Flächen an der ehemaligen Autobahnraststätte Seesen am 16. April 2007 die beiden Auffahrten, in unmittelbarer Nähe der Ortschaft Ildehausen, gesperrt wurden. Diese Auffahrten haben und hatten eine hohe Bedeutung für die Rettungseinsätze in den beiden angrenzenden Landkreisen.

Auf diesen Sachverhalt habe ich den Niedersächsischen Wirtschaftsminister und den Niedersächsischen Innenminister mit Schreiben vom 02. Mai 2007 hingewiesen und um entsprechende Korrektur der Entscheidung gebeten. In der Folgezeit haben sich auch andere politische Interessenvertreter mit der gleichen Zielrichtung an die Landesregierung gewandt. Ungeachtet dieser parteiübergreifenden Interventionen hatte mir der Niedersächsische Wirtschaftsminister mit Schreiben vom 30.06.2007 unter anderem mitgeteilt, dass am 17.04.2007 ein zwischenzeitlich rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluss durch die zuständigen Behörden des Landes Niedersachsen ergangen ist. Diese Entscheidung stellt für alle Beteiligten bindendes Recht dar.

Ungeachtet dieser Aussagen erklärte dann allerdings überraschenderweise am 28. September 2007 der Niedersächsische Ministerpräsident, dass er die Angelegenheit mit dem unzuständigen Bundesverkehrsminister Tiefensee besprechen wolle und führte weiter aus: „Ein solches Problem zu lösen, dürfte nicht so kompliziert sein, wenn unter Umständen nach Unfällen auf der Autobahn dadurch Leben gerettet werden könnten“.

Damit steht der Ministerpräsident im Einklang mit allen örtlichen Akteuren, jedoch im kras-  
sen Widerspruch zum Handeln seiner Regierung und zu den Aussagen sowohl seines  
Wirtschafts- als auch seines Innenministers.

Ich hatte daher mit Datum vom 08.10.2007 eine „Kleine Anfrage“ an die Niedersächsische  
Landesregierung gerichtet. Unter anderem wollte ich wissen, welche Möglichkeiten der  
Ministerpräsident im Gegensatz zu seinem Landeswirtschaftsminister hat, den rechtlich  
bindenden Planfeststellungsbeschluss vom April vergangenen Jahres im Interesse der Sa-  
che zu umgehen. Alternativ wollte ich wissen, welche anderen Möglichkeiten der Minister-  
präsident hat, die Öffnung der Autobahnauffahrten ungeachtet des Planfeststellungsbe-  
schlusses dennoch beizubehalten. Und nicht zuletzt ist für die Region von Interesse, ob  
nach den Aussagen des Ministerpräsidenten verbindlich davon auszugehen ist, dass die  
Autobahnauffahrten auch zukünftig für Rettungskräfte zur Verfügung stehen und in den be-  
absichtigten Ausbau der A 7 integriert werden.

Die unverzügliche Klärung dieser Fragen ist schon deshalb von hoher Bedeutung, da mit  
dem Ausbau der A 7 in diesem Jahr in dem genannten Planungsabschnitt begonnen wird.  
Auch die beteiligten Rettungskräfte haben in den vergangenen Monaten erneut an die Nie-  
dersächsische Landesregierung appelliert, ihren Beschluss zu korrigieren.

Meine „Kleine Anfrage“ wurde am 16.10.2007, also vor über drei Monaten, eingebracht  
und ist bis heute unbeantwortet. Mir liegt noch nicht einmal eine Mitteilung des Minister-  
präsidenten vor, dass die Beantwortung sich aus irgendwelchen Gründen verzögern könn-  
te, obwohl der Sachverhalt klar ist und Verzögerungsgründe auch nicht zu erkennen sind.

Vielmehr drängt sich mir der Eindruck auf, dass die Landesregierung und vor allem der  
Ministerpräsident eine Beantwortung dieser Anfrage vor der bevorstehenden Landtags-  
wahl verhindern will.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, ich bitte Sie, unter Hinweis auf die in unserer Ge-  
schäftsordnung genannten Fristen, dafür Sorge zu tragen, dass meine Anfrage nunmehr  
ordnungsgemäß erledigt und umgehend beantwort wird.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Schwarz MdL